

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Kultur und Europa

13. Sitzung
10. Oktober 2022

Beginn: 14.01 Uhr
Schluss: 15.53 Uhr
Vorsitz: Laura Neugebauer (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Aktuelle Fragen auf EU-Ebene und EU-
Angelegenheiten von Berliner Relevanz**
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0057](#)
KultEuro

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

**Zur Situation in den Berliner öffentlich-rechtlichen
Stiftungen: Arbeitsbedingungen, Ausbildung und
Befristungen**

(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0083](#)

KultEuro

Hierzu: Anhörung

Vorsitzende Laura Neugebauer: Ich begrüße die heutigen Anzuhörenden, Herrn Gerhard Bahlinger, Betriebsratsmitglied des Stadtmuseums Berlin GmbH; Herrn Joachim Breuninger, Vorstand und Direktor der Stiftung Deutsches Technikmuseum und Frau Sandra Döding, Gewerkschaftssekretärin bei der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft – Verdi –, Bezirksfachbereich Berlin. Ihnen allen ein herzliches Willkommen in unserem Ausschuss! Ich darf auch bei Ihnen feststellen, dass Sie mit den Liveübertragungen in Bild und Ton der Presse einverstanden sind. – Ich sehe Nicken. Wunderbar. – Dann gehe ich davon aus, dass der Ausschuss die Anfertigung eines Wortprotokolls wünscht. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann werte ich das als Zustimmung. – Dann kommen wir zur Begründung des Besprechungsbedarfs, und ich gebe der SPD-Fraktion das Wort.

Sven Meyer (SPD): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, vielen Dank! – Gute Arbeit ist eine der zentralen Aspekte der Regierungskoalition. Gerade in der aktuellen Lage, in der viele Menschen extrem verunsichert sind, sind gute und sichere Arbeitsplätze enorm wichtig. Dazu gehören unter anderem unbefristete Arbeitsplätze, Tarifbindungen, eine starke Arbeitnehmervertretung, aber auch eine hohe Ausbildungsquote als Mittel gegen den Fachkräftemangel, welche die Wirtschaft enorm trifft; wir lesen es jeden Tag.

Das Land Berlin muss natürlich da, wo es Verantwortung trägt, Vorbild sein. Ich denke, da sind wir uns über alle Fraktionen hinweg einig. Egal, ob es die Verwaltung, die landeseigenen Betrieben oder, was uns hier beschäftigt, die Kultur – hier sind es oft die Landesstiftungen – betrifft. Die rot-grün-rote Koalition hat auch schon in der letzten Legislaturperiode wichtige Entscheidungen getroffen, wie, dass sachgrundlose Befristungen und auch Entscheidungen bezüglich Reintegrationen von Tochterunternehmen eine absolute Ausnahme darstellen sollen. Deshalb ist die heutige Anhörung wichtig und schon mal vorab: ganz herzlichen Dank an die Anzuhörenden!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Ich habe vom Senat vernommen, dass er auf die einleitende Stellungnahme verzichtet. Das heißt, ich gehe gleich zu den Stellungnahmen der Anzuhörenden über. Danach folgt wie immer die Ausspracherunde, in der Sie Ihre Fragen stellen können. Danach haben Sie als Anzuhörende die Möglichkeit, auf diese zu reagieren. – Dann beginne ich mit der Anhörung. – Herr Bahlinger, Sie haben das Wort!

Gerhart Bahlinger (Stadtmuseum Berlin GmbH; Betriebsratsmitglied): Danke schön! – Man hört mich? Das ist hier alles Neuland für mich, Entschuldigung! – Sehr geehrte Damen und Herren! Mein Name ist Gerhard Bahlinger, Betriebsratsmitglied der Stadtmuseum Berlin GmbH. Herzlichen Dank für Ihre Einladung!

Unser Betriebsrat wurde vor drei Jahren erstmalig im März 2022 neu gewählt. Wir vertreten die Interessen unserer 159 Kolleginnen und Kollegen im Humboldt Forum – das betrifft die Ausstellung Berlin Global –, in den Stammhäusern Nikolaikirche, Märkisches Museum, Knoblauchhaus, Ephraim-Palais, Museumsdorf Düppel und in der Infoline, im Backoffice und in der Verwaltung.

52 Beschäftigte haben einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Alle Beschäftigten im Humboldt Forum wurden jeweils mit einer Befristung von 24 Monaten eingestellt. Es gab vorher in der GmbH sehr widrige Umstände, die dazu führten, dass es Zeit für einen Betriebsrat wurde. Es gab Klagen von Kollegen, da es im Unternehmen keinen Urlaub und keine Lohnfortzahlung gab. Minijobber bekamen keine Dienste und demzufolge kein Geld. Die Kollegen hatten Erfolg, sogar hinsichtlich Urlaub und Lohnfortzahlungen.

Als die erste Wahl des Betriebsrats bekannt gegeben wurde, hat die damalige Geschäftsführung schnell mal neue Arbeitsverträge angeboten. Es war natürlich jedem freigestellt, diese zu unterschreiben. Das Angebot war verlockend, es sollte damit die Anwendung des Tarifvertrags des öffentlichen Dienstes erfolgen, also mehr Geld, mehr Urlaub. Aber leider wurden viele Bestandteile des Tarifvertrags des öffentlichen Dienstes im Arbeitsvertrag ausgeschlossen. So wurden alle Beschäftigten in Entgeltgruppe 2 Stufe 1 unabhängig von ihrer Tätigkeit eingruppiert. Der Stufenaufstieg liegt im Ermessen des Arbeitgebers. Wir sind am Wochenende und an Feiertagen zur Arbeit verpflichtet, bekommen aber keine Zuschläge. Wer nicht unterschreiben wollte, sollte plötzlich nur für zwei Stunden statt acht Stunden zum Dienst kommen. Der erstgewählte Betriebsrat hat diesen Dienstplänen nicht zugestimmt, und es gab ein klärendes Gespräch zum Dienstplan mit Anwälten auf beiden Seiten. Damals war eine vollumfängliche Anwendung des Tarifvertrags des öffentlichen Dienstes nach Auffassung der Stiftung nicht beabsichtigt. Zum Beispiel ist aus betriebsorganisatorischen Gründen die im Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes vorgesehene Altersgrenze bis zum 31. Dezember 2020 ausgenommen worden. Über 80 Prozent der Kolleginnen und Kollegen, die in der Regel Rentnerinnen und Rentner waren, wären davon betroffen gewesen und hätten wohl nicht weiter beschäftigt werden können. Dass eine Weiterbeschäftigung dennoch möglich war, hatten viele Kolleginnen und Kollegen durch Corona erlebt. Mit dem Angebot von Paul Spies, einen Monat auf Entgelt zu verzichten und damit für zwei Monate länger befristet zu bleiben, werden erst zum Jahresende noch 15 Rentnerinnen und Rentner ausscheiden.

Inzwischen sind wir zu der Erkenntnis gelangt, dass wir jetzt neue Arbeitsverträge wollen, die die vollständige Anwendung des Tarifvertrags des öffentlichen Dienstes beinhalten. Wir haben den Kontakt zu Verdi wiederherstellen können. Im Juli hat es bei uns eine Mitgliederversammlung von Verdi gegeben. Nun haben wir uns gefragt, was wir als Betriebsrat tun können. Letztendlich ist unser Arbeitgeber nicht im Arbeitgeberverband. Unser Geschäftsführer hat signalisiert, dass er sich Änderungen vorstellen kann. Wir haben ihm unser Ziel mit einer entsprechenden Priorisierung übergeben. Die vollständige Anwendung des Tarifvertrags des öffentlichen Dienstes ist grundsätzlich notwendig, um die Gleichstellung der Kolleginnen und Kollegen innerhalb des Stadtmuseums Berlin zu erreichen.

Vielleicht wussten Sie das alles noch nicht, aber ich erwarte schon eine verhältnismäßig schnelle Reaktion auf dieses Thema. Bitte helfen Sie uns, unser Ziel, die komplette Anwendung des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände – TVöD VKA – zu erreichen. 159 Menschen und ihre Angehörigen warten auf

ein Zeichen von Ihnen. Unser Geschäftsführer Herr Dr. Vorwerk ist zu Verbesserungen bereit, es fehlt der politische Wille, also Ihre Zustimmung.

Übrigens, wir haben vier Angestellte der Stiftung, die genau das Gleiche machen wie wir, also auch Aufsichten sind. Die erhalten Sonntags-, Feiertagszuschläge und ein dreizehntes Monatsgehalt. Ich frage Sie: Wenn es bei denen geht, warum dann nicht bei uns? – Das war es eigentlich schon von mir. Vielen Dank!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Danke schön! – Ich möchte jetzt Herrn Breuninger das Wort erteilen.

Joachim Breuninger (Stiftung Deutsches Technikmuseum Berlin; Vorstand und Direktor): Vielen Dank! – Sie sehen mich jetzt ein bisschen überrascht. Die Überschrift der heutigen Veranstaltung heißt: „Zur Situation in den Berliner öffentlich-rechtlichen Stiftungen“. Darauf habe ich mich jetzt in erster Linie vorbereitet und weniger auf das GmbH-Thema, das es natürlich auch bei uns in der Stiftung gibt. Ich kann aber zu beidem etwas sagen.

Generell gilt bei uns bei beiden, der Stiftung selbst wie auch der GmbH, dass wir natürlich den TVL vollumfänglich zahlen, und das schon seit vielen Jahren. Bei uns gibt es natürlich auch Zuschläge an Wochenenden, Feiertagen etc., und es gibt sehr wenige Befristungen in der GmbH, die sich in der Regel auf Schwangerschafts-, Elternzeitvertretungen etc. begrenzen. Auch Stufenaufstiege gehören bei uns in der GmbH zum Standard. Deswegen ist es vielleicht ein bisschen anders als beim Stadtmuseum. Das kann ich hier allerdings nicht beurteilen.

Bei der Stiftung müssen wir uns hinsichtlich Arbeitsbedingungen etc. generell nicht verstecken. Natürlich gilt auch da der Tarifvertrag-L. Wir haben aber auch intern diverse Regelungen getroffen, die die Stiftung Deutsches Technikmuseum zu einem sehr attraktiven Arbeitgeber machen. Beispielsweise haben wir infolge von Corona eine äußerst flexible Homeofficeregulung eingeführt, die bis maximal 50 Prozent der Arbeitszeit im Homeoffice ermöglicht, und zwar nicht nur tage-, sondern auch stundenweise, sodass gerade auch Eltern, die ihre Kinder nachmittags von der Schule oder Kita abholen müssen, sehr flexibel damit umgehen können, was von unserer Mitarbeiterschaft sehr begrüßt wird. Wir ermöglichen überhaupt innerhalb der Rahmenarbeitszeit von 6 bis 20 Uhr sehr flexibles Arbeiten. Wir haben also keine Kernarbeitszeit oder Ähnliches, um unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern volle Flexibilität zu gewährleisten.

Ansonsten haben wir seit einiger Zeit jetzt auch eine Rahmenvereinbarung zum Thema Firmenfitness mit der Firma Qualitrain. Das heißt, Mitarbeitende unseres Hauses können über 200 Fitnessstudios in Berlin nutzen, wenn sie das möchten und Teil dieses Programms werden. Wir führen Jahresdialoge durch, Personalentwicklungsmaßnahmen und diverse andere Sachen.

Generell noch zu den Zahlen: Die Stiftung Deutsches Technikmuseum beschäftigt momentan 185 Köpfe auf 164 Vollzeitstellen, davon sind 44 Teilzeitmitarbeitende. Wir haben 17 Befristungen mit Sachgrund; das hat vor allen Dingen mit Projekten, die bei uns laufen, oder mit Elternzeitvertretungen zu tun. Auszubildende haben wir Null. Das sollte heute ja auch Thema sein, so habe ich zumindest die Überschrift verstanden. Momentan bilden wir im klassischen Sinne keine Auszubildenden aus. Wir bilden allerdings im Schnitt im Jahr fünf Volontäre aus. Das ist die Ausbildung, die Menschen im Museumsbereich noch durchlaufen, nachdem sie das Studium absolviert haben. Hinsichtlich Auszubildende fehlt es uns zum einen einfach an den Stellen im Stellenplan und zum anderen an der Ausbildungsberechtigung, die notwendig wäre. Wir können auch die Ausbildungspläne, die dazu notwendig wären, gar nicht erfüllen, weil bei uns im Haus gar nicht alle Stationen abgebildet werden können.

So viel von meiner Seite. Ich stehe natürlich gern, ich weiß jetzt nicht, in welche Richtung Sie heute hier eigentlich wollen, für Nachfragen zur Verfügung, bin aber schon der Überzeugung, dass wir hier sämtliche aus dem Tarifvertrag des Landes geschuldeten Vorschriften in beiden Bereichen erbringen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Dann möchte ich jetzt Frau Döding das Wort erteilen.

Sandra Döding (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft – Verdi –, Bezirksfachbereich Berlin; Gewerkschaftssekretärin): Hallo und danke für die Einladung und die Anhörung! Ich will das natürlich ein bisschen aus Gewerkschaftssicht beleuchten. Ich bin die zuständige Gewerkschaftssekretärin für die Stiftung und Museen in Berlin und habe mit einer kleinen Unterbrechung seit vier, fünf Jahren die Betreuung übernommen. Ich kann einen kleinen Exkurs geben, wie das überhaupt alles passiert ist. Viele Stiftungen haben damals aufgrund der Sparmaßnahmen GmbHs gegründet, um Personal mit niedrigerer Bezahlung und schlechteren Bedingungen zu beschäftigen, die bis heute noch existieren. Es gibt ja nicht nur die Stiftung Deutsches Technikmuseum, es gibt, wie Sie ja eben auch gehört haben, die Stiftung Stadtmuseum, wo es bis heute keinen Tarifvertrag gibt. Es wird einer angewandt, aber die ganzen schönen Dinge, die man sonst bei einem Tarifvertrag bekommt, sind leider ausgenommen. Tatsächlich wird im Stadtmuseum der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes angewandt, im Technikmuseum ist das der Tarifvertrag der Länder. Dann gibt es noch die Stiftung Humboldt Forum. Da wird in der Stiftung selbst der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes angewandt, in der GmbH, die dort existiert, gibt es keine Tarifierung.

Da fragen wir uns natürlich als Gewerkschaft: Warum ist das so? Warum werden Menschen, die in zwei unterschiedlichen Konstrukten arbeiten und dieselbe Arbeit verrichten, unterschiedlich bezahlt? Ich glaube, dass es inzwischen auch im Land Berlin an der Zeit ist, dass Menschen, die unter denselben Arbeitsbedingungen im Land Berlin arbeiten, auch gleich bezahlt werden. Die Beschäftigten in den GmbHs und in den Stiftungen sind überlastet. Auch dort haben wir Fachkräftemangel. Die Attraktivität eines Jobs im Besucherservice oder an der Kasse ist nicht mehr so hoch. Man kann sich ja heutzutage ein bisschen aussuchen, wo man

arbeitet, und dann möchte ich natürlich nicht für wenig Geld an der Kasse arbeiten, sondern gehe woanders hin. Das ist genau das, was wir verändern müssen, und wir als Gewerkschaft sagen: Die Leute gehen hin und her, weil sie natürlich die Wahl haben: Gehe ich dahin, wo man tarifviert ist und gut bezahlt wird, oder bleibe ich da, wo ich bin? – Deswegen plädieren wir für eine Tarifierung aller GmbHs und gehen tatsächlich auch den Schritt zu fragen: Wieso gibt es diese GmbHs überhaupt? – Wir können uns natürlich die Tarifierung der GmbHs, die noch nicht tarifiert sind, sparen und sie in die Stiftungen zurückführen, wo es unter anderem auch schon einen Antrag der GmbH des Technikmuseums gibt, der bis heute nicht zustande gekommen ist bzw. abgelehnt wurde.

Es gibt eine hohe Krankenquote, die natürlich auch darauf zurückzuführen ist, dass die Leute überlastet sind. Sie gehen nicht mehr gern arbeiten, sie sind einfach ausgebrannt. Es wird zum Teil mit Fremdunternehmen gearbeitet, zum Beispiel werden andere Sicherheitsunternehmen eingestellt, obwohl es eigentlich genug Personal gäbe, wenn es nicht aufgrund der Überlastung krank wäre. Sachgrundlose Befristungen liegen im Stadtmuseum in hoher Zahl vor. Ich bin der Meinung, das ist der nicht vorhandenen Personalplanung zuzuschreiben. Sie könnten die Leute locker entfristen, um dort eine Kontinuität, bessere Bedingungen und vor allen Dingen Planbarkeit für die Beschäftigten zu erreichen. Sie können nicht planen, sie kriegen relativ kurzfristige Ansagen, wo sie wann zu sein haben, dann wird das eine Objekt geschlossen, dann wieder aufgemacht, und die Leute werden wieder eingestellt. Das ist ein totales Durcheinander.

Im Humboldt Forum ist es ähnlich. Dort haben wir erst im letzten Jahr einen Betriebsrat gegründet. Da ist es tatsächlich so, dass der Betriebsrat extrem viel zu tun hat, die Mitbestimmung durchzusetzen. – Sie merken schon, innerhalb der Stiftungen bzw. der GmbHs herrscht ein ziemliches Durcheinander, und wir brauchen da jetzt eine Lösung, um die Mitbestimmung durchzusetzen. Ich gehe tatsächlich so weit zu sagen, das Stiftungsgesetz ist überarbeitungswürdig. Wir müssen da etwas ändern, damit Mitbestimmung stattfindet und nicht jede Stiftung machen kann, was sie möchte. Wir sind ja hier im Land Berlin, und ich bin der Meinung, dass wir darauf achten sollten, dass die Arbeits- und Zahlungsbedingungen gleich sind. – Vielen Dank!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Ich habe jetzt die erste Meldung von Frau Billig, danach Frau Breitenbach, Herr Meyer, Herr Dr. Juhnke und Herr Brousek. – Dann Frau Billig!

Daniela Billig (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Es stellt sich heraus, dass es mehr als überfällig gewesen ist, dass wir die Themen Arbeitsbedingungen, Befristungen und Ausbildung im Ausschuss endlich aufrufen. Um ehrlich zu sein, tun sich da einige Abgründe auf, an denen wir ganz dringend arbeiten müssen. Nicht nur die Stiftungen öffentlichen Rechts, auch die eigentlich dazugehörigen GmbHs gehören ja zum Land Berlin, zu unseren Kultur- und Kunstinstitutionen. Das heißt, auch da sollten wir natürlich in der Öffentlichkeit mit gutem Beispiel vorangehen.

Ich habe eine ganze Reihe Fragen und würde mich freuen, wenn Sie da noch mal ein bisschen in die Details gehen und auch die Gründe nennen könnten, warum die Situationen so ist, wie sie ist, und wie wir sie verbessern können. Zum Beispiel wurde kurz von Herrn Breuninger angesprochen, dass die Ausbildung an einigen Stellen nicht möglich ist, weil Stellen fehlen. Aber gibt es nicht die Möglichkeit, wenn man sich vornimmt, ausbilden zu wollen, dass sich

viele verschiedene GmbHs und Stiftungen zusammentun, um dann möglicherweise diese Stationen abbilden zu können?

Es wurde gesagt, dass die Arbeitsbedingungen, auch abgesehen von der zu geringen Bezahlung, insgesamt nicht so gut sind, dass oft das Drumherum nicht so stimmt. Vielleicht können Sie noch ein paar Beispiele nennen. Gerade Frau Döding hat darüber gesprochen, welche Möglichkeiten es gäbe, die Arbeitsplätze attraktiver zu machen. Im Zweifelsfall müssen wir bei der Qualität für die Besucherinnen und Besucher Abstriche machen, wenn wir dann feststellen, dass sowohl wir Berlinerinnen und Berliner, aber möglicherweise auch Touristinnen und Touristen, die von außerhalb kommen, nicht den Service bekommen, den sie vielleicht erwarten. Ich erinnere mich noch an meine Studienzeit, da war es eigentlich immer ganz attraktiv, als studentische Hilfskraft bei einem Museum zu arbeiten. Ich stelle jetzt fest, dass das nicht mehr so ist. Das finde ich sehr schade.

Es wurde die Rückführung der GmbHs in die Stiftungen angesprochen. Warum wurde das bisher nicht gemacht? Welche Hemmnisse gibt es da? Ich merke, dass das eher zäh und nicht so schnell passiert, wie wir uns das wünschen würden.

Die Betriebsräte, die es erst seit überraschend kurzer Zeit gibt, wie Sie ausgeführt haben, haben in ganz vielen Sparten große Probleme. Erzählen Sie uns doch bitte, wie wir Sie da ein bisschen unterstützen und das schneller voranbringen könnten, sowohl was die Mitbestimmung, aber auch die anderen Bedingungen betrifft. Eigentlich hätte ich vermutet, dass es dort, wo es einen Betriebsrat gibt, im 21. Jahrhundert in Deutschland völlig normal ist, dass die Betriebsräte ganz viele Dinge für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erreichen.

Die sachgrundlosen Befristungen, über die Sie gesprochen haben, haben mich jetzt auch etwas irritiert, weil das ja eigentlich gar nicht geht. Augenscheinlich geht es doch, aber warum eigentlich? Und wie kommen wir da dahin, dass das ganze System auf sicheren Füßen steht? – Danke schön!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Frau Breitenbach!

Elke Breitenbach (LINKE): Vielen Dank! – Die sachgrundlosen Befristungen scheinen ja nicht nur in Ihrem Bereich ein Thema zu sein, wir haben uns im Hauptausschuss mit dem öffentlichen Dienst, aber auch mit anderen Betrieben mit öffentlicher Beteiligung beschäftigt. Das überrascht tatsächlich. Das Abgeordnetenhaus hat vor vielen Jahren beschlossen, dass es keine sachgrundlose Befristungen mehr gibt. Es gibt immer Ausnahmen, es gibt auch Befristungen mit Sachgrund. Offensichtlich haben wir nach wie vor im Land Berlin das Problem, dass das, ich kann nur sagen, ignoriert wird. Dann möchte ich Sie alle drei noch einmal fragen – Sie von Verdi können ja vielleicht insgesamt noch mal einen Überblick geben –, was Sie dagegen tun. Betriebs- und Personalräte haben ja da ein Wörtchen mitzureden. Mir ist das ein Rätsel. Ich kann nur sagen, dass sich die Senatsverwaltung für Finanzen auch noch mal mit diesem Thema genauer beschäftigen wird, und zwar in allen Bereichen, denn in den Bezirken sieht es genauso aus. – Das ist das eine.

Das zweite, was mich jetzt etwas überrascht hat, waren Ihre Aussagen zur Ausbildung, Herrn Breuninger. Falls Sie das nicht wissen: Das Land Berlin hat seit vielen Jahren als eines der ersten Bundesländer eine Verbundausbildung. Diese Verbundausbildung wurde für die vielen

Betriebe geschaffen, die es in dieser Stadt gibt, die nicht in der Lage sind, qualitativ so hochwertig auszubilden, da sie nicht alle Stationen anbieten können. Ich würde mir tatsächlich wünschen, dass auch Stiftungen und andere ihrer Verantwortung nachkommen. Es ist mir immer ein Rätsel: Wir reden gern vom Fachkräftemangel, aber ausbilden müssen zunehmend immer weniger. Auch da würde ich gern wissen, wie wir an den Punkt kommen, dass auch die Stiftungen genauso wie andere Einrichtungen ihrer Verantwortung nachkommen und endlich anfangen auszubilden, weil es natürlich dort eine Vielfalt von Ausbildungsberufen gibt, in denen man dort ausbilden könnte.

Dann habe ich noch eine Frage an Herrn Bahlinger, möglicherweise habe ich Sie falsch verstanden: Haben Sie gesagt, dass bei Ihnen 80 Prozent der Kolleginnen und Kollegen Rentner und Rentnerinnen sind oder waren? Das überrascht mich jetzt auch, weil wir nicht dafür da sind, Arbeitsplätze für Rentnerinnen und Rentner zu schaffen, um das mal ganz deutlich zu sagen. Menschen mit einem Rentenanspruch sollten in den Ruhestand, in die Rente gehen. Auch da gibt es Ausnahmeregelungen, aber wenn 80 Prozent der Mitarbeitenden Rentnerinnen und Rentner sind, stimmt irgendetwas nicht. Deswegen würde ich gern von Ihnen wissen, ob Sie mir sagen können – vielleicht waren Sie damals schon da –, wie das kam, dass da so viele Rentnerinnen und Rentner arbeiten oder gearbeitet haben und was die eigentlich für Beschäftigungsverhältnisse hatten. – Vielen Dank!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Dann hat sich als Nächster Herr Meyer gemeldet.

Sven Meyer (SPD): Auch von meiner Seite vielen Dank! Ich habe auch einige Fragen. Erst mal an Frau Döding: Wie erklären Sie sich die geringe Ausbildungsquote? Haben Sie vielleicht dazu eine Idee? Wie sieht es in anderen GmbHs aus? Und wie erklären Sie sich die relativ hohe Befristungsquote? Wir haben gehört, dass wir im Stadtmuseum, aber auch in anderen Stiftungen, eine ziemlich hohe Befristungsquote haben. Um das kurz einzuordnen: Wir hatten eine Anfrage zu GmbHs und landeseigenen Betrieben. Da ist die sachgrundlose Befristungen tatsächlich extrem gering. Das muss ich wirklich sagen. Die setzen das um, was das Land Berlin vorgegeben hat, aber die Stiftungen erstaunlicherweise nicht. Wie erklärt sich Verdi das? Dann hatten Sie zu dem Thema Stiftungen insgesamt gesagt, dass Sie dort Schwierigkeiten sehen. Können Sie das erläutern? Welche Perspektive sehen Sie da?

Herr Breuninger! Sie hatten von Sachgrundbefristungen bei der Stiftung gesprochen. Wie hat sich die Sachgrundbefristung bei Ihnen entwickelt, und gibt es bei Ihnen auch sachgrundlose Befristungen? Wie viele in der GmbH, in der Stiftung? Und falls ja, warum?

Zum Thema Ausbildung: Da bin ich auch aus zwei Gründen irritiert, der eine wurde schon genannt, Thema Verbundausbildung in Berlin, die ja gerade das Land Berlin vorhält. Zum anderen gibt es doch einige Bereiche, wo das nicht unbedingt notwendig ist – Stichwort Sicherheitspersonal in der GmbH. Das ist ein Ausbildungsberuf, für den dringend Ausbildungsbetriebe gesucht werden. Ich denke, es gibt eine ganze Menge Bereiche, wo auch die GmbHs und die Stiftungen ausbilden können und ausgebildet haben. Sie haben gesagt, Sie haben zu wenig Ausbildungskräfte. Warum wird da nicht investiert? Man kann natürlich Fortbildungen machen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Warum spielte das keine Rolle, und seit wie vielen Jahren wird da quasi nicht ausgebildet?

Herr Bahlinger! Zum Thema Befristung: Wie erklären Sie sich die hohe Befristungsquote? Welche Diskussionen werden dort geführt? Welche Begründungen werden dort angegeben? – Zum Thema Ausbildung: Wie sieht bei Ihnen die Ausbildungsquote aus? Ich glaube, bei Ihnen wurde auch nicht ausgebildet. Wie erklären Sie sich das? Was wäre aus Ihrer Perspektive eigentlich möglich?

Dasselbe möchte ich den Senat gern fragen, zum einen, warum gerade in den Stiftungen im Vergleich zu den landeseigenen Betrieben die Zahl der sachgrundlosen Befristungen extrem hoch liegt, und zum anderen, worin die Schwierigkeit mit der Tarifierung von GmbHs begründet sind.

Als letztes an Herrn Breuninger und an den Senat: Es wurden die Rückführungen der GmbHs mehrfach angesprochen, dazu gab es einen Beschluss. Wie sieht da der Zeitplan aus? Wann findet die Rückführung beim Technikmuseum statt? Warum dauert das so lange? – Vielen Dank!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Dann habe ich als Nächsten Herrn Dr. Juhnke auf der Redeliste.

Dr. Robbin Juhnke (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich kann den Enthusiasmus des einen oder anderen Vorredners bezüglich der Einordnung dieses Tagesordnungspunktes nicht so ganz teilen, denn, obwohl ich mich auch bei denen bedanke, die grundsätzliche Ausführungen gemacht haben, halte ich es für schwierig, Einzelfragen zu der tariflichen Situation zu diskutieren, ohne zu hören, wie es aus Arbeitgebersicht oder Arbeitnehmersicht – je nachdem – aussieht. Ich weiß daher nicht, ob das wirklich das kluge Format ist, um solche Detailfragen, die doch sehr am Einzelfall orientiert sein sollten, zu besprechen. Von daher zielt meine einzige Frage auf die kulturpolitischen Implikationen, die sich daraus für uns als Kulturausschuss ergeben. Da gucke ich vor allem auf den Senat, inwiefern er jetzt diese Sache beurteilt, in welcher Form er als aufsichtsführende Institution mit dieser Fragestellung in irgendeiner Weise konfrontiert wurde. Gibt es da irgendwelche Tätigkeitsfelder, die sich aus den Debatten ergeben haben, die Sie durch ihre Aufsicht usw. regelmäßig auch mit den Institution führen?

Meiner Auffassung nach ist auch der Stiftungszweck zu beachten. Im Regelfall ist das ein wissenschaftlicher Zweck, und es ist aus meiner Sicht nachvollziehbar, wenn viele nichtwissenschaftliche Tätigkeiten ausgelagert werden, weil das andere Organisationen auch so machen. Das ist auch durchaus sinnvoll. Deswegen sollte das weder der Mitbestimmung entgegensteht, noch zwangsläufig zu einer Vereinheitlichung führen. Die Debatte in dieser teilweise Kleinteiligkeit, aber auch in den großen Zügen, hilft uns jetzt nicht wahnsinnig weiter, wenn wir im luftleeren Raum argumentieren. Deshalb meine konkrete Frage an den Senat: Was ist da aufgeschlagen?

An die Anzuhörenden, wenn wir jetzt mehrfach gehört haben, dass das alles offensichtlich problematisch sei: Wie sieht es denn mit der Nachwuchsgewinnung aus? Das wäre das Einzige, was mich da interessieren würde. – Danke!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Dann ist jetzt Herr Brousek dran.

Antonin Brousek (AfD): Vielen Dank! – Ich habe eine Frage an Herrn Bahlinger, und zwar, wie sich die aktuelle Arbeitssituation der Mitarbeitenden im Museumsdorf Düppel verhält, da dieses Jahr berichtet wurde, dass sie „wie im Mittelalter frieren“ – so schrieb der „Tagesspiegel“. Wie sieht es mit dem Mehrfunktionsgebäude aus, das erbaut werden sollte, um dieses zu verhindern? – [Zwischenrufe von Antje Kapek (GRÜNE) und Antonin Brousek (AfD)] –

Vorsitzende Laura Neugebauer: Wollen wir – ich meine beide Abgeordnete, die es betrifft – die bilateralen Gespräche ohne Mikrofone, an denen nicht der ganze Ausschuss teilnehmen kann, unterlassen? – Dann hätte jetzt Herr Förster die Chance zu reden. – Frau Kapek, Sie sind danach dran, und danach kommt Frau Kühnemann-Grunow.

Stefan Förster (FDP): In die Diskussion, wie man ein Freilichtmuseum am besten beheizt, will ich mich jetzt nicht einmischen. – Ich möchte gern zwei, drei Fragen nachschieben, die zum Teil auch schon angeklungen sind. Zum Thema Ausbildung hat Kollegin Breitenbach ja schon gesagt, dass Verbundausbildung nichts Unübliches ist, auch nicht in der freien Wirtschaft. Auch ein kleiner Baubetrieb kann in dem zwei- oder dreijährigen Ausbildungszyklus vielleicht nicht alle Stationen anbieten und muss dann auch mit anderen Baufirmen zusammenarbeiten. Es ist natürlich auch im Museumsbereich sinnvoll und wünschenswert, wenn das angeboten werden würde. Um das beurteilen zu können, ist aber die Zahl, auch in den Stiftungen und in den Museen, relevant, wie viel insgesamt ausgebildet werden würde. Die kann vielleicht auch der Senat beisteuern. Wenn das Technikmuseum jetzt nicht ausbildet, aber alle anderen so ausreichend ausbilden, dass der Bedarf gedeckt wird, würde ich das weniger kritisieren. Wenn das insgesamt ein Problem ist, müsste man über das Thema Verbundausbildung erst recht nachdenken. Aber man bräuchte Zahlen, um ein bisschen einschätzen zu können, wie relevant das Thema ist und ob der Senat die Zahl der Ausbildungen als auskömmlich einschätzt.

Der zweite Punkt ist – es sind ja nur zwei Stiftungen hier, die durchaus renommiert sind und sicherlich mit anderen Stiftungen die Zusammenarbeit pflegen –, ob es zwischen den Stiftungen im Land Berlin – da wo das Land und natürlich auch der Bund beteiligt sind, die zum Beispiel allein oder gemeinsam getragen werden – so etwas wie einen regelmäßigen Austausch auch zu diesen Fragen gibt. Wir haben ja noch weitere Stiftungen, für die dieser Ausschuss nicht zuständig ist, zum Beispiel die Stiftung Planetarium, für die die Bildungsverwaltung zuständig ist. – Wir können jetzt darüber streiten, ob sie da hingehört, ob das nicht auch ein Wissenschafts- bzw. Kulturthema ist, aber das sei jetzt mal so geregelt. – Das sind ja alles Stiftungen, die auch eine Rolle spielen. Wir denken auch an die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, an der der Bund und alle Länder beteiligt sind. Das ist ja mittlerweile auch ein Thema der Reformkommission, deswegen ist ja wohl der Senator heute auch nicht hier. Es muss auch über die Fragen Tarifverträge, wer macht was? – debattiert werden. Die Strukturen bezüglich gewachsener Bezahlung sind ja auch eher intransparent. Oder nehmen wir Preußische Schlösser und Gärten. Das ist eine Einrichtung von Berlin und Brandenburg. Da gelten auch zum Teil verschiedene Tarifverträge. Wir haben es – ich gucke mal die Rundfunkrätin Kapek an – beim RBB auch lange Zeit gehabt, dass nach der Fusion von SFB und ORB unterschiedliche Bezahlungen galten, dass die Brandenburger Kolleginnen und Kollegen aufgrund der damals in den Neunzehnhundertneunzigerjahren abgeschlossenen Verträge schlechter bezahlt und die SFB-Kollegen besser bezahlt wurden; was sich natürlich bei der Berentung und der Pension bis heute hinzieht und man auch nicht mehr ausgleichen kann. Das sind Probleme, die man auch bei Mehrländeranstalten hat. Deswegen die Frage nach der Zusammenarbeit, nach Aus-

tausch, möglicherweise auch der Stiftungen, zu solchen Fragen. Gerade wenn man den TVL bei einer Landesstiftung, den TVöD bei einer Stiftung hat, dort, wo auch der Bund mitredet, ist es klar, dass man dann natürlich generell unterschiedliche Bezahlungen hat. Das haben wir auch auf Landesebene, wenn Fachkräfte der Senatsverwaltung abgeworben werden, weil der Bund besser bezahlt. Das ist dasselbe in Grün. Wir kennen diese Problematik ja auch sehr ausgiebig.

Zum Thema Beschäftigung von Rentnern: Auch mir erscheinen 80 Prozent Rentner sehr viel. Da hätte ich gern eine Einschätzung zu dem Bedarf der Einstellungen. Wenn das natürlich größtenteils Museumsaufsichtskräfte sind, die man anderweitig nicht kompensieren kann, weil das entweder nur Leute, die im Studium sind, wie damals Frau Billig, oder Leute, die schon berentet sind, machen wollen, dann würde ich nichts dagegen sagen. Wenn aber 80 Prozent Rentner und der Rest vielleicht Leute sind, die ein Studium absolvieren, haben wir möglicherweise dasselbe Problem, das wir auch jahrelang an den Musikschulen hatten, wo die 70-jährigen Klavierlehrerin gern weiter unterrichten wollte, und die 38-jährige, die vielleicht zwei Kinder zu betreuen hatte und verdienen musste, nicht unterrichten konnten. Das wäre dann ein Problem. Aber auch da müsste man von Ihnen Einschätzungen zum Bedarf hören. Ist das das Füllen einer Lücke, die man anderweitig nicht abfedern kann, oder sind das ältere Damen und Herren, die gern noch arbeiten wollen, auch nicht schlecht verdienen, und das deswegen weitermachen? Man müsste also die Fragen der Motivation und der Notwendigkeit geschildert bekommen, um das einschätzen zu können. – Vielen Dank!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Frau Kapek!

Antje Kapek (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Entschuldigung noch mal für mein undisziplinierte Verhalten gerade eben. Vielleicht als kleine Vorbemerkung, um auch meinen Redebeitrag einordnen zu können: Ich bin kein Mitglied des Kulturausschusses und werde dies auch nicht, sondern bin hier nur als Stellvertreterin. Aber aufgrund meiner langjährigen politischen Erfahrung kann ich sagen, dass diese Debatte nicht nur im Kulturausschuss und nicht nur mit Ihnen geführt wird, sie wird in allen Ausschüssen geführt. Der Kollege Stroedter als Vorsitzender des Ausschusses für Beteiligungsmanagement lässt keine Sitzung ungenutzt, um zu sagen: Entschuldigen Sie, aber die rot-grün-rote Koalition in diesem Lande und auch schon die rot-rot-grüne davor haben beschlossen, dass sachgrundlose Befristungen ein No-go sind, dass wir das nicht mehr wünschen und beenden. – Das Gleiche gilt für das Thema Outsourcing. Ich muss sagen, ich war einigermaßen irritiert zu hören, dass es doch tatsächlich noch gängige Praxis ist. Deshalb wäre von meiner Seite an dieser Stelle als reine Koalitionsabgeordnete der Punkt zu sagen: Entschuldigung, aber das muss abgeändert werden!

Das gesamte Thema Arbeitsmarkt diskutieren wir nicht nur im Kulturbereich, aber der Kulturbereich ist nun einmal einer der entscheidendste für unser Land und insofern von herausragender Relevanz. Ich glaube, deshalb ist auch Herr Meyer als Arbeitsmarktexperte hier. Am Ende des Tages sind wir gerade dabei festzustellen, dass wir uns in einem erheblichen Transformationsprozess befinden, der natürlich nicht einfach ist und Anstrengungen erfordert. Ich kann aber diese Debatte nicht aussitzen, nur weil es mir gerade unbequem ist, sondern ich muss feststellen, dass ich bestimmte neue Weichen stellen muss. Natürlich ist es wünschenswert, dass wir auch für Menschen, die das Erwerbsleben offiziell beendet haben, noch Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen. Aber das heißt, dass ich für diese andere Strukturen an-

bierte als für diejenigen, die normalen sozialversicherungspflichtigen Jobs nachgehen. Das heißt, ich würde an so einer Stelle, da sind wir schon fast im Bereich der Bundespolitik, sagen: Abschaffung von allen Mini- und Midijobs mit Ausnahme von Studierenden und Menschen im Rentenalter. Und alle anderen müssen dann andere Arbeitsbedingungen bekommen. Das heißt auch – wir sprechen ja jetzt hier nicht von kleinen Museen oder kleinen Stiftungen, sondern das sind ja schon Vertreterinnen und Vertreter größerer Institutionen –, dass man dann sich Gedanken darüber machen muss, wie man die Arbeitsbedingungen so attraktiv gestaltet, dass man hier auch den Nachwuchs fördert. Herr Förster hat gerade einen ganz richtigen Punkt angesprochen: Es kann jetzt nicht zu einer Verschiebung kommen, die den demographischen Wandel abbildet, sondern ich muss natürlich sowohl älteren Menschen die Möglichkeit geben als auch ein ganz gezieltes Ausbildungs- und Nachwuchsförderprogramm starten. Das ist alles nicht einfach, keine Frage, und deshalb ist es auch Aufgabe der Regierung, sich darüber Gedanken zu machen, wie man hier Rahmenbedingungen schafft, um Sie bei diesen Bemühungen zu unterstützen.

Ich wollte das nur einmal sagen, weil das hier so ein bisschen zaghaft durchklang, aber die Koalitionshaltung über alle Themenbereiche hinweg für das Land Berlin recht eindeutig ist. – Danke schön!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Frau Kühnemann-Grunow!

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich kann mich da meiner Kollegin Antje Kapek nur anschließen. Ich möchte es noch mal ein bisschen konkretisieren: Wenn nicht der Kulturausschuss der richtige Ort ist, an dem man über Fragen zu Beschäftigungsverhältnissen in Landeskultureinrichtungen sprechen kann oder soll, dann weiß ich nicht, wo. Wir haben uns als Koalition sehr deutlich auf die Fahne geschrieben, dass wir für gute Arbeit stehen, und das gilt auch für unsere Kultureinrichtungen. Wir haben unter anderem hier auch das Thema Fairstage behandelt, auch da gibt es eine Menge Anhaltspunkte, die uns dabei helfen, die Arbeitsbedingungen im Land Berlin zu verbessern.

Deswegen machen mich die sachgrundlosen Befristungen genauso sprachlos. Wir haben dazu und auch zu der unterschiedlichen Entlohnung schon diverse Anträge im Parlament gehabt. Wir haben in Berlin den TVL. Von daher müssen wir da vielleicht noch mal genauer hingucken. Deswegen meine Frage an alle Anzuhörenden: Können Sie darstellen, wie es in den Museen zum Einsatz von Fremdfirmen kommt? Warum können keine Anstellungen vorgenommen werden, um beispielsweise Personalbedarfe zu decken? Der Kollege Stroedter ist hier schon genannt worden. Wir sprechen inzwischen bei allen Landesbeteiligungen darüber, dass wir das, was wir in den Zweitausenderjahren gemacht haben, wieder zurückdrehen wollen, dass wir rekommunalisieren und Menschen aus Beschäftigungsgesellschaften wieder in den öffentlichen Dienst zurückholen wollen.

Wie kann die Integration von Beschäftigten der Tochtergesellschaften weiterverfolgt werden? Vielleicht kann Herr Breuninger darstellen, welche Kosten damit einhergehen, denn nur dann können wir darauf auch eine Antwort finden bzw. darauf reagieren. Uns ist schon klar, dass das nur Hand in Hand mit den Einrichtungen geht. Da geht es auch nicht darum, irgendjemandem den welchen-farbigen-auch-immer Peter zuzuschieben, sondern es geht letztendlich darum, dass wir gemeinsam an einem Strang ziehen und im Land Berlin für gute Arbeit sorgen. Es wäre mir wichtig, dass das noch mal dargestellt wird. – Danke schön!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Das waren jetzt sehr viele Anmerkungen und Fragen. Deswegen möchte ich jetzt auch noch mal den Anzuhörenden die Möglichkeit geben, auf die verschiedenen Fragen und Anmerkungen zu antworten. Wir fangen wieder mit Herrn Bahlinger an.

Gerhart Bahlinger (Stadtmuseum Berlin GmbH): So viele Fragen! – Ich fange mal mit der Ausbildung an. Bei uns gibt es gar keine Auszubildenden. Die gibt es bei der Stiftung. Wir hatten in Düppel Auszubildende. Das ist übrigens ein interessanter Fall, der gerade auch angesprochen wurde: Alle Mitarbeiter in Düppel sind jetzt wieder zur Stiftung zurückgekehrt. Also die wurden aus der GmbH herausgenommen und sind jetzt komischerweise wieder Mitarbeiter der Stiftung. Das gilt für sämtliche Beschäftigte in Düppel. Die wurden jetzt ziemlich schnell von der GmbH abgezogen und haben jetzt neue Verträge mit der Stiftung.

Welche Frage kam noch mal zum Thema Kälte? – [Zuruf: Ob die Mitarbeiter frieren!] – Vor einer Woche oder so wurde tatsächlich eine E-Mail an Herrn Vorwerk, dem Geschäftsführer der GmbH, geschrieben, dass er sich bitte zum Beispiel um winterfeste Jacken kümmern sollte. Schirme haben wir sogar schon mal gekriegt. Da ist man dran.

Noch mal zurück zur Ausbildung: Wie gesagt, wir haben gar keine Auszubildenden, wir hatten in Düppel Tierpfleger. Die Auszubildenden sind jetzt gerade fertig und sind jetzt weg. Das betrifft die Stiftung, nicht die GmbH.

Zum Ende des Jahres verlassen uns 25 Mitarbeiter, der Großteil davon sind die Älteren, die wir da haben. Die Verträge laufen einfach zum Jahresende aus. Damit verjüngt sich bei uns auch wieder die ganze Belegschaft. Als ich vor vier Jahren anfang, war das tatsächlich ein Rentnerverein. Da waren alles Rentner. Jetzt erst kommen langsam auch Jünger hinzu.

Dann haben wir noch das Ding mit dem Humboldt Forum. Da haben wir die Ausstellung Berlin Global. Da sind sämtliche Beschäftigte – das sind 59 – befristet. Es wird nur befristet eingestellt. Es gibt im Humboldt Forum keine Festanstellungen, also nicht in unserem Teil. Wie begründen die das? Ich hatte kürzlich mal ein Gespräch mit einer Dame von der Stiftung, die zur Befristung meinte: Das geht ja nicht anders, weil so viele Ausstellungswechsel stattfinden würden, manchmal braucht man mehr, manchmal weniger.

Aber die Stiftung hat es auch ganz schön „verbockt“, als sie davon ausgegangen ist, dass das Märkische Museum zum Ende des Jahres geschlossen wird und die Dauerausstellung Berlin-ZEIT ins Ephraim Palais herübergeht. Herr Vorwerk macht ja die Personalplanung für die GmbH und hat zu diesem Zweck natürlich schon Leute eingestellt usw. Jetzt kommt allerdings die Stiftung und sagt: Nein, das machen wir nicht, das Ephraim-Palais wird doch erst Juni, Juli, August aktiviert. – Das Ephraim-Palais ist im Moment geöffnet, wird aber zum Jahresende schließen. Es war geplant, dass das gleich wieder mit der Dauerausstellung, die aus dem Märkischen Museum herüberziehen soll, geöffnet wird. Das ist irgendwie ein Versagen der Organisation unserer lieben Stiftung. Ich habe den Eindruck, wenn ich hier mal ganz ehrlich reden darf, die klammern sich alle nur an ihre Tische und passen auf, dass sie bloß nicht auffallen, bloß nicht Verantwortung oder irgendetwas übernehmen – ein unglaublicher Verein. Das ist jetzt meine persönliche Meinung zu dem Ganzen.

Zum Thema mögliche Abhilfe: Wir brauchen einen Tarifvertrag und mehr Geld. Gerade die jüngeren Beschäftigten im Humboldt Forum hauen uns ganz schnell wieder ab. Die sind auch sehr gut qualifiziert, viele von den Studenten sind mehrsprachig usw. Unsere Stellenbeschreibung ist auch so doof, dadurch hängen wir auf der Entgeltgruppe 2 Stufe 1. Die Stellenbeschreibung muss verändert werden. Ich würde sagen, man könnte das Ganze attraktiver machen, zum Beispiel arbeiten sie im Humboldt Forum in Schichten. Es gibt nichts: keine Schichtzulagen, keine Feiertags- oder Sonntagszuschläge. Das sind Zustände wie zu Beginn der Industrialisierung, und das heutzutage in Berlin. Ich muss schon sagen, lieber Kulturausschuss, macht mal was! Können Sie uns da nicht mit einem Tarifvertrag irgendwie helfen? Es dreht sich wie üblich um das Geld. Ich befürchte, das müssen Sie lockermachen. Herr Vorwerk hat schon mal berechnet, was passieren würde, wenn wir die „Trottelzulage“ – – Wie heißt das auf Deutsch? – Entschuldigung! Sie steigen ja automatisch in den Stufen hoch. Man beginnt mit Stufe 1 usw. usf. Er hat tatsächlich einmal errechnet, was es kosten würde, wenn man wenigstens das bei uns einführen würde. Herr Vorwerk ist uns offensichtlich wohlgesonnen und rechnet auch fleißig für uns mit, damit sich da mal ein bisschen was verbessert. Er hat es für fünf Jahre ausgerechnet. Ich bin jetzt zum Beispiel vier Jahre dabei. Ich würde dann sofort ab 1. Januar in die Stufe kommen, in der ich auch wäre, wenn ich vor vier Jahren ganz normal im öffentlichen Dienst angefangen hätte. Diese Rechnung hat er schon einmal aufgestellt. Ich glaube, es geht da um 3,2 Millionen Euro in den nächsten fünf Jahren. Inwieweit

Sie davon überhaupt etwas wissen, weiß ich nicht. Diese Berechnung wurde jetzt an die Stiftung herangetragen, da müssen wir warten, wie die reagieren. Ich blicke da nicht so ganz durch, kommen die hinsichtlich Geld zu Ihnen, oder wer macht das? Das weiß ich nicht. – [Antonin Brousek (AfD): Die „Trottelzulage“ machen die da drüben!] – Ein Kumpel von mir nennt das so. Ich nehme das wieder zurück. Entschuldigung!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Wir sind jetzt auch schon bei sieben Minuten, wir sagen immer circa fünf Minuten. Falls noch Fragen offen sind, könnten Sie die vielleicht kurz und präzise beantworten, damit die weiteren Anzuhörenden auch noch kurz auf die Fragen, die von den verschiedenen Fraktionen kamen, antworten können.

Gerhart Bahlinger (Stadtmuseum Berlin GmbH): Danke!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Herr Breuninger!

Joachim Breuninger (Stiftung Deutsches Technikmuseum Berlin): Ich habe den Eindruck, dass ich noch einmal betonen muss, dass es offensichtlich deutliche Unterschiede zwischen der GmbH der Stiftung des Deutschen Technikmuseums und der des Stadtmuseums gibt. Bei uns wird, wie gesagt, der Tarif des Landes vollumfänglich mit Stufenaufstiegen, Zuschlägen etc. bezahlt. Wie das woanders in Berlin gehandhabt wird, dazu kann und will ich hier gar nichts sagen.

Das Thema sachgrundlose Befristung ist ja mehrmals angeklungen. Ich hatte in meinem Eingangsstatement schon gesagt, dass ich jetzt hauptsächlich auf die Stiftung vorbereitet war. Für die Stiftung kann ich sagen: Wir haben bei derzeit 185 Mitarbeitenden genau eine sachgrundlose Befristung. Und die hat wiederum etwas mit einem Kooperationsprojekt im kids.digilab, das wir zusammen mit der Senatsverwaltung für Jugend, Bildung und Familie durchführen, zu tun. Der Kollege, eine IT-Fachkraft, wäre unter den normalen Förderbedingungen, zu denen alle anderen im kids.digilab ihre Verträge abgeschlossen haben, gar nicht gekommen. Er hat also nur einen Vertrag angenommen, wenn er mindestens zwei Jahre bekommen hat. Wenn wir hier über Arbeitsbedingungen sprechen, möchte ich schon mal ansprechen, dass es da tatsächlich ein Arbeitsfeld für Sie gibt. Ein Beispiel: Wir haben am kids.digilab, das von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie gefördert wird, zwölf Mitarbeitende, die, auch bedingt durch die Neuwahlen und die späte Verabschiedung des Haushalts, jetzt zum dritten Mal in Folge einen Dreimonatsvertrag von uns angeboten bekommen haben, einfach, weil wir im Moment keine längeren Verträge ausreichen können, weil der Haushalt noch nicht fertig war und das Ende des Jahres jetzt kommt und es dann einen neuen Vertrag gibt. Dazu braucht es aber erst einmal einen vorfristigen Maßnahmenbeginn. Dann werden die wieder drei Monate bekommen, bis sie dann schließlich einen Vertrag bis Ende nächsten Jahres erhalten. Das sind wirklich schwierige Bedingungen. Es kam ja hier auch eine Frage zum Thema Attraktivität. Das macht uns Riesenprobleme, denn viele dieser Mitarbeitenden sagen mittlerweile: Das tue ich mir nicht länger an. Ich kriege auch woanders einen Job, und den unbefristet. – Das ist ein großes Problem. Das betrifft nicht nur uns, das betrifft viele Bereiche in der Kultur.

Noch einmal kurz zur Attraktivität: Wir zahlen, wie gesagt, in der GmbH den Tarifvertrag, EG 3 und 4. Unser Eindruck ist, dass wir, was die Wiederbesetzung von Stellen angeht, überhaupt kein Problem haben, ganz im Gegenteil, auch in der Stiftung. Seit dem Ende der Pan-

demie haben wir bei allen unseren Stellenausschreibungen sehr gute Nachfragen, da die Tätigkeit im öffentlichen Dienst und die Sicherheit, die damit verbunden ist, offensichtlich wieder eine große Attraktivität haben.

Die hohe Befristungsquote sehe ich bei uns in keinem Fall. Wir haben in der Stiftung mit 185 Mitarbeitenden genau 17 Befristungen mit Sachgrund. Die sind mit Elternzeitvertretungen und Projekten, die keine längere Laufzeit haben, begründet. Ansonsten stellen wir grundsätzlich unbefristet ein. Das ist in der GmbH genauso. Ich bin jetzt auf die Zahl nicht genau vorbereitet, das weiß am Ende Herr Meyer vielleicht besser als ich, aber auch da gibt es so gut wie keine sachgrundlosen Befristungen, wenn überhaupt. Das weiß ich jetzt nicht genau. Es gibt einige, die auch etwas mit Elternzeitvertretungen zu tun haben.

Das Thema keine Ausbildung – warum? Mein Personalbereich sagt: Wir würden sehr gern, aber wir können im Moment nicht ausbilden, weil uns schlicht und ergreifend die Stellen im Stellenplan fehlen. Wenn wir da etwas ändern, wären wir durchaus bereit, hier auszubilden. – Es ist allerdings auch nicht ganz so einfach, denn der einzige Bereich, wo wir wirklich auch Probleme haben, Nachwuchs zu gewinnen, ist der IT-Bereich. Also eigentlich immer in den Bereichen, in denen wir mit der freien Wirtschaft, die dort gut bezahlt, konkurrieren. Um im IT-Bereich auszubilden, haben wir aber gar nicht die Fachkräfte. Das könnten wir selbst überhaupt nicht leisten.

Dann war noch das Thema Einsatz von Fremdfirmen. Auch wir setzen eine Fremdfirma ein, allerdings um Spitzen abzufedern. Wir haben im Moment nach wie in der GmbH vor eine relativ hohe Krankenquote, die auf die Pandemie zurückzuführen ist. Unsere Mitarbeitenden haben nun mal den ganzen Tag sehr viele soziale Kontakte. Daraus resultieren auch sehr viele Coronaerkrankungen. Diese Spitzen federn wir im Moment über den Einsatz einer Firma ab. Ziel ist es aber ganz klar, unseren Betrieb aus eigener Kraft zu fahren und keine Fremdfirmen einzusetzen. – Ich denke, ich habe jetzt das meiste beantwortet. Vielen Dank!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Dann hätte ich jetzt Frau Döding. Ich werde danach dem Senat die Möglichkeit geben, kurz Stellung zu beziehen und danach noch mal die eingetrudelten Redemeldungen oder Nachfragen rannehmen.

Sandra Döding (Verdi): Ich halte mich auch kurz. – Zum Thema Attraktivität einer Beschäftigung oder eines Jobs: Erst mal steht die Frage: Wie gewinne ich überhaupt Fachkräfte? Die gewinne ich durch gute Bezahlung, gute Arbeitsverhältnisse, Work-Life-Balance. Das sind alles Themen, die auf jeden Fall die Beschäftigten locken. Die zweite Sache ist: Wie halte ich diejenigen, die da sind? Wenn ich natürlich als Beschäftigter mit hohen Belastungen zu kämpfen habe, bzw. immer wieder in meinem Schichtsystem wechseln muss, keine gleichbleibende Arbeitszeit habe und das natürlich nicht mit meiner Freizeit vereinbaren kann, dann erhalten wir die hohen Fluktuationen in den Betrieben. Die Frage ist: Was ist eine hohe Krankenquote, was ist eine normale Krankenquote? Ich denke nicht, dass Leute nur krank werden, weil alle an Corona erkranken. Man sollte auch betrachten, dass die Leute sehr hoch belastet sind, und bei dem geringen Personal, das da ist, wird auch schnell mal gesagt: Dann machst du mal keine Pause, dann arbeitest du mal durch. – Das sehe ich tatsächlich ein bisschen anders. Da muss Abhilfe geschaffen werden. Es gibt Gefährdungsbeurteilungen, die stattfinden müssten. Es gibt verschiedene Dinge, die man für die Beschäftigten tun kann. Das ist für mich Attraktivität der Beschäftigung, wenn es nicht nur um die Bezahlung geht.

Sachgrundlose Befristungen sind mir tatsächlich, wenn ich ein bisschen über unsere Verdi-Landschaft gucke, sehr extrem im Stadtmuseum aufgefallen. Ich muss auch sagen, dass sie im Land Berlin sehr zurückgegangen sind. Man hat sie aber immer noch an der einen oder anderen Stelle in der Wirtschaft. Ich denke, dass das beim Stadtmuseum auf Versagen des Personalkörpers zurückzuführen ist. Die können einfach keine normale oder vernünftige Personalplanung machen. Das ist ein Hin und Her von Beschäftigung. Sie haben ja eben gehört, dass die Leute von der Stiftung wieder in die GmbH zurückgeschoben und einfach mal dahin geschoben werden, wo sie gebraucht werden. Da ist es ja einfacher, wenn man die Leute erst mal sachgrundlos befristet, dann sind die auch relativ schnell wieder weg. Das ist für die Geschäftsführung bzw. die Personalabteilung einfacher. Da sehe ich ein megarotes Tuch. Das habe ich auch schon angesprochen. Wir werden sehen, was sich da entwickelt. Gerade im Zusammenhang mit dem Fachkräftemangel und überhaupt mit Beschäftigung im Stadtmuseum sehe ich das als ganz wichtig an.

Zu der geringen Ausbildungsquote kann ich im Rahmen der Stiftung gar nichts sagen, weil das tatsächlich eine gute Frage ist, warum da nicht ausgebildet wird, gerade auch, weil junge Menschen gebraucht werden. Wir werden alle älter, auch die Beschäftigten in Stiftungen und Museen werden älter, und die jungen Menschen kommen nicht nach. Die können sich gerade aussuchen, wo sie ihre Ausbildung machen möchten. Die Frage für einen so jungen Menschen ist: Warum soll ich das ausgerechnet da tun?

Es ist mir auch nicht bekannt, ob sich die Stiftungen insgesamt austauschen. Das wäre natürlich schön. Es wäre auch für uns als Verdi ganz schön, wenn wir dort einen Ansprechpartner oder einen Raum hätten, um mit den Stiftungen bzw. den Geschäftsführern zu sprechen. Wir rennen immer wieder vor eine Wand, da wir da keine Mitbestimmung bzw. keinen Einfluss haben zu sagen: Wo kann ich gewisse Dinge ändern, bzw. warum dauert das immer so lange? Warum muss man erst mal über 5 000 Hürden rennen, um Gelder zu bekommen, um die Leute besser zu bezahlen? Daran hapert es im Endeffekt auch tarifvertraglich. Die Aussage, die wir da immer zurückbekommen, ist: Wir müssen erst mal gucken, wo wir die Gelder herholen. – Das ist quasi eine Never-Ending-Story, wo ich irgendwann auch mal sage: Es reicht. Dann holen wir halt die Beschäftigten auf die Straße, und dann kennen Sie ja das Prozedere. – Danke schön!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Dann würde ich jetzt Herrn Staatssekretär Wöhlert das Wort und die Chance geben, etwas zu sagen. Danach würde ich, wie gesagt, noch mal die Fragen, die kamen, zulassen.

Staatssekretär Dr. Torsten Wöhlert (SenKultEuropa): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich will ein paar Ergänzungen machen und bei der Gelegenheit versuchen, ein, zwei Fragen, die auch an den Senat gegangen sind, zu beantworten. Wenn es bei dem Thema gute Arbeit um Tarifbindung geht, muss man an der Stelle auch sagen, dass gerade in der letzten Legislatur- und auch in dieser Legislaturperiode im Vergleich zu vorherigen Legislaturperioden und Jahren einiges erreicht worden ist, dass sämtliche Tarifierhöhungen, – sei es jetzt TVöD, TVL, TVK oder auf den Bühnen, Bühnenstiftungen: NV Bühne, Haustarifverträge – ausgeglichen, wir sagen immer salopp „vor die Klammer gezogen“ worden. Das heißt, eine Praxis, die es in Berlin in den Nullerjahren gegeben hat, dass man im Kulturbereich diese Tarifierhöhungen quasi mit Kunst bezahlt hat, hat nicht um sich gegriffen, im Gegenteil. Wir geben allein 2022/2023 ca. 15 Millionen Euro und 2023 22 Millionen für gute Arbeit aus. Das meint den

Ausgleich von Tariferhöhungen, die Anhebung des Mindestlohns, die Erhöhung von Mindesthonoraren in Galerien, Ausstellungshäusern und auch Tarifangleichungen. Konkret ist im Berliner Ensemble, an der Schaubühne und in Kulturprojekte Berlin in den letzten Jahren eine Tarifangleichung auf 100 Prozent TVL passiert. Das heißt, die finanzielle sowie politische Situation war für solche Schritte günstig. Wenn das jetzt, um auf Herrn Bahlinger einzugehen, in der Stadtmuseums GmbH noch nicht der Fall ist, mache ich mal ein Fragezeichen, ohne das jetzt hier nachrechnen zu können, ob das nur eine Frage des Geldes ist. Wenn ich bei uns ins Haus hineinfrage: Ist der Zuschuss an das Stadtmuseum so bemessen, dass das sein könnte? –, bekomme ich ein Ja. Und wenn das nicht der Fall ist, müsste das auf den Tisch, damit auch dieses Parlament und die Abgeordneten wissen: Hier fehlt es tatsächlich an Geld. Wie gesagt, ich bin noch nicht mal sicher, ob das der Kern des Problems ist, oder ob das Problem nicht eher darin liegt, dass eine Personalabteilung nicht entsprechend aufgestellt ist.

Am Technikmuseum sieht man, wie es anders geht. Das hat auch eine andere Geschichte, das muss man auch wissen. Es gibt seit mehreren Jahren am Technikmuseum, auch vor der Amtszeit von Herrn Breuninger, eine starke Betriebsgruppe und Tarifverhandlungen, die über Jahre immer wieder geführt wurden. Das war ein sukzessiver Prozess: den TVL überhaupt einzuführen, dann 100 Prozent TVL und dann den nächsten Schritt, dass man praktisch die komplette Anlehnung an den TVL erreicht hat, zu machen. Das ist nicht von einem Tag auf den anderen geschehen. Aber auch da gilt dann für die Tarifpartner: Sign the moment! – Das ist das eine.

Das andere ist, Frau Döding, Sie haben die Stiftung Humboldt Forum ein bisschen einseitig dem Land Berlin zugeschlagen. Das ist eine Bundesstiftung. Das kann den Beschäftigten an der ein oder anderen Stelle egal sein, aber für uns ist es natürlich ordnungspolitisch ein Unterschied, ob wir vom Stadtmuseum, vom Technikmuseum oder von der Stiftung Humboldt Forum reden. Die Einflussnahme des Landes auf diese Stiftung Humboldt Forum ist nicht Null. Ich sitze da im Stiftungsrat und weiß aus eigener Erfahrung, dass ich in diesem Stiftungsrat sehr darauf gedrungen habe, dass die Firmen dort nach Tarif bezahlen, nicht nach TVL, aber nach TVöD. Historisch – das muss man an der Stelle wahrscheinlich auch sagen, ohne irgendetwas zu rechtfertigen oder zu entschuldigen – haben wir es zumindest im Kulturbereich nicht mit diesen berühmten Ausgründungen, wie es in der Charité der Fall war, zu tun. Da hat die Charité sozusagen aus sich heraus eine Firma gegründet, um Geld zu sparen. In dem Museumsbereich ist der Weg ein anderer. Da gab es das Museum, das hat seine Kunst gemacht oder seinen wissenschaftlichen Auftrag erfüllt, und alles andere, was nicht – in Anführungszeichen – Kernarbeit eines Museums war, wurde auf dem Markt eingekauft. Da wurden die Aufsichten und der Wachschatz über Verträge gebunden. Die Existenz von Tochterfirmen ist eigentlich der erste Schritt, um das überhaupt wieder an sich heranzuziehen, weil die Philosophie war damals: So eine Fremdfirma, die ich hole, hat keine Bindung ans Haus, bringt nicht den entsprechenden Service, deswegen gründe ich meine eigene, in den meisten Fällen, GmbH, um eine stärkere Bindung reinzuholen. – Ohne, dass ich jetzt konkret in die einzelnen Bereiche gehen kann, geht, wenn ich das richtig beobachte, der Trend im Museumsbereich deutschland- und auch europaweit – verbunden mit dem Trend, dass man Besucherinnen und Besucher viel stärker als das in der Vergangenheit gewesen ist in der Museumsarbeit ins Zentrum rückt – eher dahin, diese Sachen wieder oder erstmalig ins Haus zu holen. Das wird sicherlich etwas sein, das wir in den nächsten Jahren durchaus beobachten können.

Die entsprechenden Ressourcen dafür bereitzustellen, Herr Juhnke, ist sicherlich die politische Verantwortung des Senats und auch des Abgeordnetenhauses. Ich sehe, wie gesagt, nicht, dass es in den letzten Jahren an diesen Dingen gescheitert wäre, sonst hätten wir diese exorbitanten Zusatzbeträge im Kulturhaushalt, die nur für Tarifentwicklung und Tarifangleichung sind, nicht stemmen können.

Thema sachgrundlose Befristungen oder Befristungen als solche: In dem Bereich wird an vielen Stellen mit Honorarkräften gearbeitet. Das ist durchaus sachgerecht. Und auch hier ist in den letzten Jahren einiges passiert. Um nur ein Beispiel zu nennen, 2023 werden sich die Honorare auch für die Guides in den Museen auf 65 Euro erhöhen. Das wird in den gemeinsamen Einrichtungen vom Bund und Land zum Teil vom Bund mitfinanziert. Die kommen aus der Ecke: um die 30 Euro, 35 Euro. Das, nur um zu zeigen, dass auch bei den freien Beschäftigten durchaus etwas passiert ist und auch weiterhin passieren wird.

Es gibt Befristungen, die sachgerecht sind, und die werden auch angewandt. Ich kann nur sagen, dass wir in all den Gremien, Stiftungsräten und -aufsichten, wo wir sitzen, sehr darauf drängen, dass eine sachgrundlose Befristung nicht mehr stattfindet. Das ist dann am Ende sehr oft eine Entscheidung der Geschäftsführung, die wir als Kontrollinstanz logischerweise nicht bei jedem Arbeitsvertrag vorgelegt bekommen. Mein Eindruck ist, und das würde ich auch gern den Anzuhörenden mitgeben, dass es in einigen Fällen – ich weiß nicht, wie groß der Prozentsatz ist – tatsächlich einen Sachgrund für eine Befristung gibt, und man vielleicht aus einer gewissen Denkfaulheit heraus trotzdem „sachgrundlos“ sagt. Da würde ich alle Anzuhörenden – und das werden wir auch selbst mal in den Stiftungen, wo wir die Aufsicht führen, eruieren – bitten zu hinterfragen, ob jede als sachgrundlos ausgewiesene Beschäftigung wirklich eine ist, oder ob es damit zu tun hat, dass zum Beispiel das Prinzip der sogenannten Resilience Dispatcher, also versucht wird zu sagen: Wir haben hier ein Projekt, und wir wollen in einer bestimmten Zeit gucken: Was bringt es, wenn man Menschen in Kulturinstitutionen bringt, die IT- und antragserfahren sind, für die Institutionen, auch im Sinne von Fördermitteln, Impulsen, wenn solche Menschen dort arbeiten? Das kann man aus einem Sachgrund – nämlich: Das ist ein Pilotprojekt – befristen, und wenn das läuft, wird es entfristet, und dann werden das am Ende feste Stellen. Das ist jedenfalls oft die Philosophie. Ob das dann eine sachgrundlose oder eine sachgerechte Befristung ist, darüber wird man nachdenken müssen.

Letzte Bemerkung: Ausbildung. Der Zustand ist wirklich absolut unbefriedigend. Da gibt es auch nicht zu beschönigen. Bei wissenschaftlichen Ausbildungen ist das etwas anderes. Das funktioniert. Da hat jede Gedenkstätte, jedes Museum mindestens einen Volontär. Die Gedenkstätte Hohenschönhausen hat bis zu sechs oder sieben wissenschaftliche Volontäre, die sie ausbildet. Das ist in der beschriebenen Art und Weise vom Personal her auch sicherlich einfacher zu machen, weil – in Anführungsstrichen – die einfach nur eine gewisse Zeit lang mitlaufen und dann die entsprechenden Kenntnisse haben. Was wir hier aber über Verbundausbildung und Ähnlichem gehört haben, ist garantiert etwas, das wir in den nächsten Stiftungsratssitzungen und Aufsichtsgremien, wo wir sind, aufrufen müssen, weil – Frau Döding hat es angedeutet – wir uns am Ende ins eigene Fleisch schneiden. Die Leute gehen woanders hin. Sie sind zum Glück in der Lage, es sich heute auszusuchen. Das war vor 25, 30 Jahren andersherum.

Das merken wir auch im öffentlichen Dienst. Selbst Leute mit unbefristeten Verträgen sagen nach fünf, sechs, sieben, acht Jahren, nicht mal aus Unzufriedenheit: Gut, es hat mir gereicht, vielen Dank! Ich gehe jetzt woanders hin. – Das hätte man vor 25, 30 Jahren nur ganz selten erlebt. Das ist jetzt eine arbeitnehmerfreundliche Situation. Das kann sich auch wieder drehen. Das weiß keiner. Von daher ist das richtig, in dieser Situation auszubilden, die Standards einzuziehen, um dann Halteleinen für spätere Entwicklungen zu haben. Da wäre ich also ganz bei Ihnen. Das sollten die Museen, Gedenkstätten oder Stiftungen auch aus Eigeninteresse machen. Wenn es diese Stellen nicht gibt, dann ist das auch etwas, das in die Anmeldungen für die Haushalte gehört. Das gehört dann im Rahmen von Haushaltberatungen auf Ihren Tisch. Wenn es wirklich eine Geldfrage ist, wird das am Ende im Parlament entschieden. – So weit vielleicht.

Vorsitzende Laura Neugebauer: Ich habe jetzt noch drei Meldungen von Abgeordneten, zunächst Frau Breitenbach, dann Frau Billig und dann Herr Meyer.

Elke Breitenbach (LINKE): Daran, was der Staatssekretär gerade angesprochen hat, hätte ich auch noch mal angesetzt. – Herr Breuninger! Sie haben gesagt, wenn Sie eine Elternzeitvertretung brauchen, dann stellen Sie sachgrundlos befristet ein. – [Zuruf von Joachim Breuninger (Stiftung Deutsches Technikmuseum)] – Okay, dann habe ich Sie falsch verstanden. – Es gibt zu sachgrundlosen Befristungen – das hat Frau Kapek sehr klar gesagt – einen Beschluss des Abgeordnetenhauses: Wir möchten keine sachgrundlosen Befristungen. Ich bitte Sie, das mitzunehmen. Damit werden wir uns auch weiter beschäftigen. Es gibt Ausnahmen, aber es gibt auch die Möglichkeit, befristet mit Sachgrund einzustellen. Da gibt es ganz viele Punkte, zum Beispiel Elternzeitvertretungen oder Projekte. Wir werden uns noch einmal darum kümmern, aber das hat ja Frau Kapek schon sehr klar gesagt. Das hat übrigens nichts mit irgendwelchen sachgrundlosen Befristungen in der Privatwirtschaft zu tun, denn die sind nicht verboten. Da müsste die Bundesregierung handeln, aber hier im Land Berlin, wo unser Geld drin ist, möchten wir das nicht. Wenn öffentliche Gelder drin sind, möchten wir gute Arbeit. Das war der eine Punkt, den ich ansprechen wollte.

Ich hätte jetzt schon die Bitte, lieber Herr Staatssekretär, dass wir, wenn wir die Anhörung auswerten, noch einmal Stadtmuseum und sachgrundlose Befristung aufrufen und vielleicht auch Antworten bezüglich erstens sachgrundlosen Befristungen und zweitens tariflicher Bezahlung bekommen. Wenn wir im Haushalt beschließen, dass es Gelder gibt, um genau diese Tarifangleichungen zu machen, und diese nicht dort ankommen, wo sie ankommen sollten, nämlich bei den Beschäftigten, dann müssen wir uns als Abgeordnetenhaus natürlich darum kümmern. Insofern hoffe ich, Herr Bahlinger, dass Sie das alles richtig dargestellt haben, denn wir haben ein Wortprotokoll. Dann muss man schon noch mal gucken, ob es da Tarifierhöhungen gab oder nicht. Das müssen wir tatsächlich noch einmal auswerten. Da bitte ich dann auch um die entsprechenden Informationen im Nachgang.

Vorsitzende Laura Neugebauer: Frau Billig!

Daniela Billig (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich habe noch eine Nachfrage zu den Befristungen. Es beschäftigt mich, dass es die überhaupt gibt, und sogar in größerer Menge ohne Sachgrund. Ich wüsste gern, ob es Statistiken zur Geschlechterverteilung gibt, sowohl bei den Befristungen mit Sachgrund als auch bei den sachgrundlosen. Möglicherweise gibt es die auch in der Senatsverwaltung? – Da sehe ich schon Kopfschütteln. Es ist natürlich ein

ganz interessanter Punkt, wie es mit der Gleichstellung aussieht. Das führt vielleicht hier jetzt zu weit, aber ich glaube, dass wir an den Themen insgesamt sicherlich dranbleiben werden.

Vorsitzende Laura Neugebauer: Dann Herr Meyer!

Sven Meyer (SPD): Ich habe auch noch ein paar Nachfragen. Der Kollege von der FDP ist leider jetzt weg. Ich möchte in dem Kontext sagen, laut einer Anfrage von 18 Stiftungen bilden gerade mal fünf überhaupt aus. Man muss wirklich sagen, das ist ein echtes Problem. Ich möchte hier ganz deutlich sagen: Die kontextuale Ausbildung ist keine Option, die man eventuell macht, wenn es gut läuft, sondern die brauchen Sie händeringend. Alle Firmen schreien danach. Wir überlegen, eine Ausbildungsplatzumlage einzuführen. Dann muss es selbstverständlich auch drin sein, dass Betriebe, die über – und auch unter – 100 Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter haben, selbstverständlich ausbilden. Die Ausbildung muss im Betrieb immer mitgedacht werden, alles andere ist nicht akzeptabel. Wenn es da Probleme gibt, müssen wir die natürlich haushalterisch lösen, das ist natürlich eine entscheidende Frage, aber das kann ich mir nicht vorstellen.

Zur sachgrundlosen Befristung in der GmbH vom Technikmuseum: Ja, Sie haben recht, Herr Breuninger, Sie meinten, ich weiß es eventuell besser. Ich kenne tatsächlich die Ausschreibungen: Gerade sind sechs geplant, nur zur Erinnerung. – Zu der Frage, ob es in der Stiftung noch welche gibt, habe ich die Information, dass auch dort jetzt welche durchgeführt wurden, aber darauf möchte ich jetzt nicht weiter eingehen.

Dann zu Herrn Staatssekretär: Erst mal: vielen Dank – mit dem Hinweis, dass die GmbHs der erste Schritt sind. Dann stellt sich natürlich die Frage: Wann kommt der zweite Schritt? – es gibt ja bezüglich der T&M GmbH auch einen Beschluss im Abgeordnetenhaus –, die jetzt leider nicht beantwortet wurde, deswegen die Fragen: Wie ist der Sachstand? Wann wird der Beschluss umgesetzt? Es wäre ganz gut, das zu wissen.

An Herrn Bahlinger: noch mal herzlichen Dank für die Ausführung und die ganzen Hinweise!

Dann noch eine Frage an den Staatssekretär: Ich habe gehört, dass es einen Reformprozess in der Stiftung Stadtmuseum gibt, auch bezüglich der Personalplanung. Was steckt genau in dem Reformprozess? Und welche Auswirkungen hat der für das Personal? Ich habe das, wie gesagt, nur am Rande gehört. Vielleicht können Sie dazu ein, zwei Worte sagen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Ich möchte Ihnen jetzt noch einmal die Chance geben, auf Fragen, die an Sie adressiert waren, zu antworten. – Herr Bahlinger, ich fange bei Ihnen wieder an, falls Sie auf Fragen antworten wollen.

Gerhart Bahlinger (Stadtmuseum Berlin GmbH): Ich habe das gerade nicht so richtig mitbekommen. Gibt es Fragen an mich?

Vorsitzende Laura Neugebauer: Okay. – Dann möchte ich Herrn Breuninger das Wort geben.

Joachim Breuninger (Stiftung Deutsches Technikmuseum Berlin): Um es noch einmal klarzumachen: Wir haben in der Stiftung eine sachgrundlose Befristung. Das hatte ich erläutert.

Das hat etwas mit dem kids.digilab zu tun. Das ist allerdings solch eine sachgrundlose Befristung, die man eigentlich auch mit Sachgrund befristen könnte. Der Sachgrund ist hier die Befristung des Projektes. Bei den sechs von Herrn Meyer gerade angesprochenen geplanten sachgrundlosen Befristungen verhält sich ganz ähnlich. Die beziehen sich auf unseren Wachstumschutz und auf eine Vorgabe unseres neuen Brandschutzkonzepts, die uns dazu zwingt, bis dieses Thema technisch gelöst ist, deutlich mehr Menschen in der Wachstumsstelle 1 einzusetzen. Dieses Thema muss von der BIM technisch gelöst werden. Sie kennen es wahrscheinlich auch, dass es da schwer zu sagen ist, wann das technisch gelöst wird. Bis dahin brauchen wir eben diese Menschen.

Aber noch mal: Für die Stiftung Deutsches Technikmuseum ist es ganz klar: Sachgrundlose Befristungen gibt es bei uns eigentlich nicht. Wir machen das auch nicht. Was die Statistik bei den Befristungen mit Sachgrund angeht, ob es mehr Frauen oder mehr Männer sind, kann ich Ihnen schlichtweg nicht sagen. Das weiß ich nicht.

Ganz kurz noch, das kam jetzt auch schon mehrmals, zum Austausch der Landesmuseen: Den gibt es natürlich auf verschiedenen Ebenen. Wir haben den Landesmuseumsbund und dort die Fachgruppe der Verwaltungsleitung, die sich regelmäßig trifft und sich genau zu solchen Fragen berät. Da sind wir, glaube ich, gut untereinander abgestimmt.

Ich möchte auch noch einmal betonen: Wir haben überhaupt nichts gegen das Thema Ausbildung, uns fehlen schlicht im Moment die Stellen im Stellenplan. Wenn wir das gemeinsam mit Ihnen ändern können, können wir das sehr gern tun. Wir wollen uns da überhaupt nicht in den Weg stellen. Das will ich noch einmal ganz klar festhalten.

Ich will auch noch ganz kurz etwas zu Frau Döding und dem Eindruck, dass wir für junge Menschen unattraktiv seien, sagen und möchte dem massiv widersprechen. Wir stellen ganz im Gegenteil fest – und wir haben in den letzten Monaten und im letzten Jahr sehr viele junge Menschen eingestellt –, dass wir sehr attraktiv sind. Wir haben Menschen, die vorher bei Zalando, Flink oder vergleichbaren Firmen gearbeitet haben. Die sagen alle: Das mit dem Startup, der Gig Economy und so etwas ist alles prima, aber uns fehlt der Sinn bei der Arbeit, und den Sinn finden wir hier im Deutschen Technikmuseum. – Das ist genau das Pfund, mit dem wir wuchern und das uns auch hilft, auch wenn wir vielleicht noch nicht einmal die Gehälter zahlen können, die in den Startups gezahlt werden. Insofern kann ich das überhaupt nicht unterstreichen, dass wir ein Problem hätten, junge Menschen zu bekommen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Dann Frau Döding!

Sandra Döding (Verdi): Herr Breuninger! Ich habe Sie ja nicht direkt als Technikmuseum angesprochen, sondern es ging allgemein um die Attraktivität und die Arbeitsbedingungen, die vorherrschen. Ich weiß, dass bei Ihnen im Technikmuseum auch nicht alle Arbeitsbedingungen perfekt sind, das muss ich leider so sagen, aber es ging allgemein um die Attraktivität für die Leute. Gerade am Stadtmuseum oder am Humboldt Forum ist es nicht so attraktiv. Ja, junge Menschen kommen, aber sie sind auch ganz schnell wieder weg. Das ist eine Tatsache. Ich spreche im Allgemeinen, nicht von Ihnen persönlich. Wie können wir das ändern? – Ganz klar durch Tarifierung. Sicherlich ist mir bekannt, dass der TVöD über Bundesmittel finanziert wird, aber ich fände es schade, wenn das hier kein Gehör findet. Ich kann sagen: Wo das Geld im Endeffekt herkommt, ist mir egal, aber ich weiß, dass es nicht anders geht. Aber ich

bin der Meinung, dass wir gleiche Arbeit mit gleichem Geld honorieren sollten. Das noch mal als Statement. Ich wünsche mir, dass wir in den Stiftungen einfach mehr Mitbestimmung haben. Das ist genau das, was fehlt. Gibt es Betriebs- oder Personalräte in Stiftungsräten? Sind da Interessenvertretungen vertreten? – Mir sind keine bekannt. – Danke!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Dann würde ich jetzt noch einmal Herrn Staatssekretär Wöhlert das Wort geben, da ja auch Fragen an ihn adressiert waren.

Staatssekretär Dr. Torsten Wöhlert (SenKultEuropa): Zum Reformprozess im Stadtmuseum kann ich Ihnen „aus der Lamäng“ keinerlei Details nennen. Ich weiß, dass es dort eine Organisationsuntersuchung und auch wechselnde Verwaltungsleitungen gibt. Qualifiziertes Personal für eine Verwaltungsleitung zu finden, ist heute – das hat, glaube ich, auch etwas mit Ausbildung zu tun – auch nicht einfach. Da ist jetzt aber eine gute Lösung gefunden worden. Das deutet zumindest darauf hin, dass es ein Problembewusstsein gibt. Das ist ja dann schon einmal ein Anfang.

Wenn es dann zur Auswertung kommt, muss man gerade beim Stadtmuseum – Herr Bahlinger hat von dem Hin und Her erzählt – für die letzten zwei Jahre auch ein paar äußere Umstände mit in Betracht ziehen, zum Beispiel die wiederholte Verschiebung der Öffnung der Global Ausstellung im Humboldt Forum oder die Verzögerungen bei den Bauprojekten. Auf so etwas muss eine Stiftung ja reagieren, wenn sie denkt: Ich hätte vor einem Vierteljahr anfangen können zu bauen, in einem dreiviertel oder in einem Jahr ist meine Ausstellung fertig, jetzt brauche ich das Personal, dann stoppt der Bauprozess, was mache ich? – Das soll jetzt nicht alles entschuldigen, aber wenn wir uns mit dem Thema dann noch einmal in einem zweiten Nachgang beschäftigen, wäre es gut, die Geschäftsführung des Stadtmuseums mit dabeizuhaben, die dann solche Argumente aus ihrer Sicht miteinbringen kann, und wir das dann unter Umständen in eine andere Balance bekommen.

Die Statistik, Frau Billig, müsste leistbar sein. Das müssten wir auch abfragen können, ohne gegen irgendwelche Datenschutzbestimmungen zu verstoßen. Wir wollen ja nicht wissen, wer es ist, wir wollen ja nur einen Grunddatenstamm. Ich bin kein Datenrechtler, aber ich glaube, wenn wir das erfragen würden: Wie viele Befristete – männlich, weiblich, divers? Bitte ankreuzen! – Dann sollte das möglich sein. Das ist sicherlich unter dem Gesichtspunkt Gender Pay Gap etc. auch für andere Gelegenheiten nicht ganz uninteressant. Ich sehe, dass das die Kollegin schon mitgenommen hat, und gehe daher davon aus, dass das nicht morgen oder übermorgen, aber demnächst zur Verfügung stehen wird.

Zur Frage von Herrn Meyer: Ja, es gibt den Abgeordnetenhausbeschluss, der den Senat auffordert, sich zu bemühen, dass – und das bringt es natürlich genau auf den Punkt – die Entscheidungen im Stiftungsrat gefällt werden. Wenn ich richtig liege, dann wird sich der Stiftungsrat auf der nächsten Stiftungsratssitzung, Herr Breuninger, auch mit diesen Themen beschäftigen. – So viel kann ich zumindest mit Sicherheit sagen.

Vorsitzende Laura Neugebauer: Okay. – Vielen Dank noch mal an die Anzuhörenden! Ich habe dem Redebeitrag von Frau Breitenbach entnommen, dass wir diesen Tagesordnungspunkt vertagen bis das Wortprotokoll zur Auswertung vorliegt. Das heißt, ich würde, wenn es keinen Widerspruch gibt, so verfahren. – Den höre ich nicht. Dann noch mal vielen Dank an die Anzuhörenden für die Teilnahme an der Sitzung! Ich wünsche Ihnen noch einen schönen

Tag. Sie können natürlich gern bleiben und der Sitzung weiter folgen, aber Sie können auch über Ihre Zeit frei verfügen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Situation der Chöre
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0022](#)
KultEuro

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 28. Februar 2022

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**FAIRSTAGE – Modellprojekt für
diskriminierungsfreie und gute Arbeitsbedingungen
an Berliner Theatern**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0035](#)
KultEuro

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 14. Februar 2022

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Die Kunst- und Kulturplattform PANDA platforma
als Beispiel für lokale Auswirkungen des Ukraine-
Kriegs auf Berlin**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0063](#)
KultEuro

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 25. April 2022

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.